

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss)

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten René Röspel, Ulla Burchardt, Dr. Ernst Dieter Rossmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/3414 –**

**20 Jahre Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag –
Ein gelungenes Beispiel und internationales Modell für den Austausch von
Wissenschaft und Politik**

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Hans-Josef Fell, Krista Sager, Sylvia Kotting-Uhl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/3063 –**

Technikfolgenabschätzung im Bundestag und der Gesellschaft stärken

A. Problem

Zu Nummer 1

Im Jahr 1990 wurde beim Deutschen Bundestag das Büro für Technikfolgen-Abschätzung (TAB) eingerichtet. Ein Gründungsziel war die Bereitstellung von Wissensgrundlagen, um insbesondere die Entscheidungsfähigkeit des Deutschen Bundestages positiv zu verändern. Seitdem leistet die Technikfolgenabschätzung (TA) einen wesentlichen Beitrag zum Verständnis technischer Entwicklungen. Mittlerweile ist die TA ihrem technikkritischen Gründungskontext entwachsen und zeigt auch die Innovationschancen und Entwicklungspotentiale neuer Technologien auf. Der seit 20 Jahren unveränderte Haushaltsansatz steht jedoch in einem Missverhältnis zur Erhöhung des Beanspruchungs- und Leistungsniveaus des TAB. Zahlreiche vom Parlament gewünschte Expertisen konnten daher in der Vergangenheit nicht bearbeitet werden.

Zu Nummer 2

Seit 1990 liefert das Büro für Technikfolgen-Abschätzung dem Deutschen Bundestag hochwertige und interessensunabhängige Beratungsgrundlagen. Der Etat des TAB mit jährlich 2,04 Mio. Euro ist jedoch seitdem unverändert und der inflationären Entwicklungen wegen faktisch rückläufig. Durch die unzureichende Mittelausstattung ist das TAB gezwungen, kostengünstig zugängliche Mainstreamkenntnisse zu referieren, aus Kapazitätsgründen zwei Drittel der Be-

richtsanfragen des Parlaments abzuweisen und lange Zeiträume von bis zu zweieinhalb Jahren für die Berichtserarbeitung zu veranschlagen. Auch finden die TAB-Berichte nur einen begrenzten Zugang in den öffentlichen Diskurs. Ferner werden die Erkenntnisse aus den TAB-Berichten nicht konsequent in politisches Handeln umgesetzt. Überdies fehlt der Technikfolgenabschätzung bisher der internationale Durchbruch, der gerade auf Grund der global ausgerichteten Technologiemarkte notwendig ist.

B. Lösung

Zu Nummer 1

Der Deutsche Bundestag soll insbesondere beschließen, dass das TAB als wichtige wissenschaftliche Beratungseinrichtung des Deutschen Bundestages erhalten bleibt. Damit das TAB der gestiegenen Nachfrage nach Beratungsleistungen gerecht werden kann, ist eine Aufstockung des Etats erforderlich. Zudem soll der Deutsche Bundestag geeignete Maßnahmen ergreifen, um die internationale Resonanz auf die Arbeiten des TAB zu steigern.

Darüber hinaus wird die Bundesregierung im Wesentlichen aufgefordert, sich im Rahmen der europäischen Kooperation für einen Ausbau der Technikfolgenabschätzung einzusetzen und der TA im 8. Forschungsrahmenprogramm einen hinreichend großen Raum einzuräumen. Des Weiteren sollte die Bundesregierung bei der Ausgestaltung der Forschungsförderung des Bundes die durch das TAB erhobenen Daten und Fakten berücksichtigen.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/3414 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Nummer 2

Der Deutsche Bundestag soll die Ausgaben für die TA kontinuierlich erhöhen, um die Arbeitsfähigkeit des TAB zu gewährleisten und den steigenden Anforderungen an eine erkenntnisgestützte Entscheidungsfindung in komplexen Sachlagen Rechnung zu tragen. Zudem soll er sich dafür einsetzen, die TA inklusive der unabhängigen Begleitforschung als festen Bestandteil der Forschung auszubauen und für kritische Bereiche der Projekt- und Ressortforschung 5 Prozent für die TA bereitzustellen.

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, eine Strategie zu entwickeln, wie die TA im gesamten nationalen Wissenschafts-, Forschungs- und Wirtschaftsbereich gestärkt werden kann. Darüber hinaus soll sich die Bundesregierung für eine Stärkung der TA im internationalen Raum vor allem im 8. Forschungsrahmenprogramm einsetzen. Überdies sollte die TA sowohl innerhalb der OECD als auch bei den Vereinten Nationen institutionalisiert werden.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/3063 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 17/3414;

Annahme des Antrags auf Drucksache 17/3063.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 17/3414 abzulehnen;
2. den Antrag auf Drucksache 17/3063 abzulehnen.

Berlin, den 10. November 2010

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulla Burchardt
Vorsitzende

Dr. Thomas Feist
Berichtersteller

René Röspel
Berichtersteller

Dr. Martin Neumann (Lausitz)
Berichtersteller

Dr. Petra Sitte
Berichterstellerin

Hans-Josef Fell
Berichtersteller

Bericht der Abgeordneten Dr. Thomas Feist, René Röspel, Dr. Martin Neumann (Lausitz), Dr. Petra Sitte und Hans-Josef Fell

I. Überweisung

Zu Nummer 1

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/3414** in seiner 68. Sitzung am 28. Oktober 2010 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung, den Auswärtigen Ausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

Zu Nummer 2

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/3063** in seiner 62. Sitzung am 30. September 2010 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Nummer 1

Die **Fraktion der SPD** führt aus, dass 1990 beim Deutschen Bundestag das Büro für Technikfolgen-Abschätzung gegründet worden sei, um eine dauerhafte Beratungseinrichtung für Technikfolgenabschätzung zu etablieren. Seitdem habe das TAB 150 Studien zu verschiedensten technologischen und mit technologischen Herausforderungen zusammenhängende Fragestellungen veröffentlicht. Das TAB zeichne sich durch eine fundierte und rein wissenschaftszentrierte Arbeitsweise aus und habe sich als erfolgreiche Beratungseinrichtung des Parlaments bewiesen. Im Jahr 2010 habe die Zahl möglicher Projektvorschläge an das TAB einen neuen Höchststand erreicht. Bedingt durch die unzureichende finanzielle Ausstattung könnten jedoch zahlreiche Anfragen nicht berücksichtigt werden. Der seit 20 Jahren gleich gebliebene Haushaltsansatz stehe in einem Missverhältnis zu dem Anstieg des Beanspruchungs- und Leistungsniveaus des TAB. Die Öffentlichkeit erhalte nur im begrenzten Umfang Kenntnis von den Ergebnissen der TAB-Berichte.

Die Fraktion der SPD erklärt, dass das Erfolgsmodell des TAB für den Austausch von Wissenschaft und Politik fortgeführt und finanziell gestärkt werden müsse.

Deshalb wird der Deutsche Bundestag insbesondere dazu aufgefordert,

- das Büro für Technikfolgen-Abschätzung auch zukünftig als wichtige wissenschaftliche Beratungseinrichtung des Deutschen Bundestages zu erhalten und kongruent der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung den Aufgaben entsprechend finanziell auszustatten;
- Maßnahmen zu unterstützen, die geeignet seien, die Erkenntnisse des TAB einer noch breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen;
- zu prüfen, dass Publikationen des TAB länger als bisher für Interessierte in gedruckter Form verfügbar gehalten und die Ergebnisse des Vertriebsexperiments mit dem Wissenschaftsverlag edition sigma berücksichtigt werden;
- darauf hinzuwirken, dass die internationale Resonanz auf die Arbeiten des TAB durch geeignete Maßnahmen gesteigert werde.

Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert,

- sich insbesondere im Rahmen der europäischen Kooperation für einen Ausbau der Technikfolgenabschätzung einzusetzen;
- dem Thema der Technikfolgenabschätzung im 8. Forschungsrahmenprogramm einen hinreichend großen Raum einzuräumen und auf die ausgezeichnete Arbeit des TAB hinzuweisen;
- international die Erfolge der bundesdeutschen Verfahren und Ansätze der Technikfolgenabschätzung herauszustellen und Partnerstaaten beim Aufbau der Kapazitäten zu unterstützen;
- den Austausch mit internationalen Partnerstaaten zu Fragen der Technikfolgenabschätzung zu vertiefen und auszubauen;
- bei der Ausgestaltung der Forschungsförderung des Bundes die durch das TAB erhobenen Daten und Fakten umfangreich zu berücksichtigen.

Zu Nummer 2

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärt, dass seit 1990 das wissenschaftliche Beratungsbüro für Technikfolgen-Abschätzung dem Deutschen Bundestag hochwertige und interessensunabhängige Beratungsgrundlagen liefere. Der Etat des TAB mit jährlich 2,04 Mio. Euro sei jedoch seitdem unverändert und der inflationären Entwicklungen wegen faktisch rückläufig. Durch die unzureichende Mittelausstattung sei das TAB insbesondere gezwungen, kostengünstig zugängliche Mainstreamerkennnisse zu referieren, zwei Drittel der Berichtsanfragen des Parlaments auf Grund von Kapazitätsgründen abzuweisen und lange Zeiträume von bis zu zweieinhalb Jahren für die Berichterarbeitung zu veranschlagen. Auch fänden die TAB-Berichte nur einen begrenzten Zugang in den öffentlichen Diskurs. Ferner würden nicht immer die Erkenntnisse aus den TAB-Berichten in politisches Handeln umgesetzt. Zudem bestünden erhebliche Defizite der Technikfolgenabschätzung, vor allem im Be-

reich der Atomforschung, der Gentechnik oder bzgl. Nanopartikeln in Konsumgütern. Überdies fehle der Technikfolgenabschätzung bisher der internationale Durchbruch, der gerade infolge der global ausgerichteten Technologiemarkte notwendig sei.

Der Deutsche Bundestag solle daher aufgefordert werden, die Technikfolgenabschätzung im Bundestag und der Gesellschaft zu stärken. Er wird u. a. dazu aufgefordert,

- die Gelder des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag im Haushalt 2011 angemessen aufzustocken, um die Arbeitsfähigkeit des TAB vollumfänglich zu erhalten;
- mittelfristig die Ausgaben für das TAB kontinuierlich zu erhöhen, um den steigenden Anforderungen an eine erkenntnisgestützte Entscheidungsfindung in komplexen Sachlagen Rechnung zu tragen;
- die Technikfolgenabschätzung inklusive der unabhängigen Begleitforschung als festen Bestandteil der Forschung auszubauen und in den Forschungsprogrammen finanziell angemessen auszustatten.

Des Weiteren wird die Bundesregierung dazu aufgefordert,

- eine Strategie zu entwickeln, wie die Technikfolgenabschätzung im gesamten nationalen Forschungs- und Wirtschaftsbereich gestärkt werden könne;
- sich im internationalen Raum für eine Stärkung der Technikfolgenabschätzung einzusetzen. Dies gelte vor allem auf EU-Ebene für das 8. Forschungsrahmenprogramm und die Europäische Atomgemeinschaft.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Nummer 1

Der mitberatende **Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung** hat in seiner 15. Sitzung am 11. November 2010 und der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** in seiner 30. Sitzung am 10. November 2010 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/3414 abzulehnen.

Der mitberatende **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 22. Sitzung, der **Finanzausschuss** in seiner 32. Sitzung, der **Haushaltsausschuss** in seiner 37. Sitzung, der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** in seiner 25. Sitzung, der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** in seiner 26. Sitzung, der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** in seiner 20. Sitzung und der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** in seiner 24. Sitzung am 10. November 2010 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/3414 abzulehnen.

Der mitberatende **Ausschuss für Gesundheit** hat in seiner 25. Sitzung am 10. November 2010 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE

LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/3414 abzulehnen.

Zu Nummer 2

Der mitberatende **Haushaltsausschuss** hat in seiner 37. Sitzung, der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** in seiner 25. Sitzung und der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** in seiner 26. Sitzung am 10. November 2010 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/3063 abzulehnen.

Der mitberatende **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 30. Sitzung am 10. November 2010 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/3063 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlagen in seiner 24. Sitzung am 10. November 2010 beraten und empfiehlt bei Kenntnisnahme des Berichts gemäß § 56a GO-BT „Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag – Eine Bilanz“ auf Drucksache 17/3010:

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/3414 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN;

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/3063 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Die **Vorsitzende** führt vor dem Hintergrund der vorliegenden Bilanz 20-jähriger wissenschaftlicher Technikfolgenabschätzung für den Deutschen Bundestag in das Beratungsthema ein. Sie geht auf drei Besonderheiten des Konstrukts der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern und Parlamentariern ein. Die Berichterstatter TA und die Wissenschaftler des TAB stünden in einem kontinuierlichen Austausch und Diskursprozess. Entscheidungen, zum Beispiel hinsichtlich der Auswahl von Untersuchungsthemen, würden nicht nach dem Mehrheitsprinzip, wie es im parlamentarischen Raum üblich sei, sondern im Konsens getroffen. Fraktionsübergreifend stehe die Orientierung am wissenschaftlichen Erkenntnisinteresse im Vordergrund.

Ein weiteres Kennzeichen der parlamentarischen TA und der Rolle ihrer Berichterstatter sei, die Qualität und Lesbarkeit der Berichte und die Art der Vermittlung und Außendarstellung stets kritisch-konstruktiv zu begleiten. Nach 20 Jahren parlamentarischer TA ziehe sie eine ausgesprochen positive Bilanz und danke den stets sehr engagierten Berichterstattern für Technikfolgenabschätzung, dem TAB als wissenschaftliche Beratungseinrichtung und dem Ausschusssekretariat als Schnittstelle zwischen den parlamentarischen Gremien und dem TAB.

Die Vorsitzende weist auch auf das erfolgreiche Engagement und mehrere Initiativen des Ausschusses und des TAB auf europäischer Ebene hin. Insgesamt zeige die steigende Nutzung der Ergebnisse des TAB, dass Abgeordnete über den Tellerrand der Tagespolitik hinausschauten.

Dr. Thomas Petermann (TAB) skizziert die Ergebnisse des Berichts „Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag – Eine Bilanz“ auf Drucksache 17/3010. Die Bilanz erstreckte sich auf die Jahre 2003 bis 2009. Diese zweite Bilanz – nach der ersten im Jahre 2002 – sei von den Berichtserstattern initiiert worden, um sich und dem Parlament als Auftraggeber und Finanzierer Rechenschaft über den Nutzen und die Nutzung der Ergebnisse parlamentarischer TA zu geben.

Der Bericht ziehe eine positive Bilanz hinsichtlich der wissenschaftlichen Qualität und politischen Relevanz der TA-Untersuchungen. Die wachsende Zahl der Untersuchungsanträge der Fraktionen und Ausschüsse zeige den zunehmenden Beratungsbedarf des Parlaments.

Dr. Thomas Petermann stellt die Kriterien einer guten wissenschaftlichen Politikberatung dar: Das sogenannte institutionelle Design, im Bundestag eine gut funktionierende Mischung wissenschaftlicher Autonomie und Adressatenorientierung, sowie die Kommunikation zwischen Wissenschaft und Politik.

Beide Seiten seien gekennzeichnet durch unterschiedliche Rationalitäten und Perspektiven. Er hebt hervor, dass die Verständigungsprozesse im manchmal schwierigen Dialog zwischen Politik und Wissenschaft in der Vergangenheit gelungen seien. Gemeinsames Ziel sei das Bemühen um eine vorausschauende Analyse der komplexen Voraussetzungen und Folgen von Wissenschaft und Technik mit genau definierten Themen und mit einer präzisen und im Konsens gefundenen Zielsetzung.

Ein weiteres Merkmal der TA beim Deutschen Bundestag sei die Öffentlichkeitsorientierung. Die Ergebnisse ausgewählter TA-Untersuchungen würden in öffentlichen Ausschusssitzungen oder in ambitionierterer Form in öffentlichen Veranstaltungen des Ausschusses unter Einbezug von Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft präsentiert.

Die wichtigste Aufgabe von Seiten des TAB sei, das erreichte Niveau zu halten. Man sehe keinen abnehmenden Grenznutzen, müsse sich aber immer auch der Möglichkeit des Scheiterns bewusst sein. Die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Politik sei fragil und müsse stets von den am Prozess Beteiligten stabil gehalten werden.

Dr. Thomas Petermann spricht die europäische Zusammenarbeit im Netzwerk parlamentarischer europäischer TA-Einrichtungen (EPTA) an. Ziel der EPTA-Initiativen sei, die Idee und Praxis parlamentarischer TA auf europäischer Ebene weiterzuerweitern, beispielsweise in die ost- und mittel-europäischen Länder. Dies sei ein schwieriger und langfristiger Prozess. Er weist darauf hin, dass der Deutsche Bundestag und das TAB im Jahre 2011 die EPTA-Präsidenschaft übernommen hätten um mit den EPTA-Partnern das Netzwerk zu stärken und neue Initiativen anzustoßen.

Zum Schluss dankt Dr. Thomas Petermann im Namen des TAB den Berichtserstatter, ihren Mitarbeitern und den Frak-

tionsreferenten für die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Von Seiten der **Fraktion der CDU/CSU** wird den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des TAB für ihre gute Arbeit gedankt. Aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Berichtserstatter und Fraktionen gebühre Dank, denn es sei eine große Leistung, die umfangreichen und komplexen TAB-Berichte zu rezipieren.

Es sei bemerkenswert, dass fraktionsübergreifend mittlerweile Konsens herrsche, dass Technikfolgenabschätzung nicht nur die Risiken, sondern auch die Chancen von Technik im Blick habe. Positiv sei auch anzumerken, dass eine geschickte Verknüpfung von verschiedenen Untersuchungsanträgen der Fraktionen und Ausschüsse mit dazu beigetragen habe, ein thematisch breit angelegtes Themenfeld durch das TAB bearbeiten lassen zu können.

Was das bereits hochgelobte Konsensprinzip angehe, werde seitens der Fraktion von CDU/CSU bedauert, dass mit den vorliegenden Anträgen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom Konsensprinzip abgewichen worden sei. Während der rot-grünen Regierungszeit habe es ausreichende Möglichkeiten gegeben, den TA-Haushalt deutlich anwachsen zu lassen. Es sei befremdlich, dass diese Anträge jetzt gestellt würden. Man lehne diese Art der Symbolpolitik ab und stehe für praktikable Lösungsansätze.

Der Vorwurf im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass das TAB vorwiegend kostengünstig zugängliche, wissenschaftliche Erkenntnisse aus dem Mainstream referiere, werde zurückgewiesen. Er stimme nicht mit der fraktionsübergreifenden Auffassung überein, dass die wissenschaftliche Qualität der TAB-Berichte über jeden Zweifel erhaben seien.

Die Forderung im Antrag der Fraktion der SPD, die Zahl der zu bearbeitenden TA-Untersuchungen deutlich zu erhöhen, wird abgelehnt mit dem Argument, dass die Berichte aufgrund ihres Umfangs und ihrer Komplexität von Abgeordneten nicht mehr angemessen verarbeitet werden könnten.

Am Antrag der Fraktion der SPD wird darüber hinaus kritisiert, dass die Aufforderung an die Bundesregierung, sich für eine Stärkung der internationalen Zusammenarbeit auf dem Feld der TA einzusetzen, inhaltlich nicht mit den Aussagen des ersten Antragsteils zusammenpasse. Insgesamt könne die Fraktion der CDU/CSU beiden vorliegenden Anträgen aufgrund inhaltlicher Schwächen nicht zustimmen.

Die **Fraktion der SPD** schließt sich dem Dank an das TAB an. Man habe bisher immer die Erfahrung gemacht, dass es sich lohne, Zeit in die Auseinandersetzung mit Ergebnissen der TA-Berichte zu investieren.

Es sei eine richtige Entscheidung vor 20 Jahren gewesen, vor dem Hintergrund rasanter Entwicklungen in wissenschaftlich-technologischen Bereichen, neuer ethischer und sicherheitsrelevanter Fragen auf eine unabhängige parlamentarische Technikfolgenabschätzung zu setzen. Ein abnehmender Grenznutzen sei nicht erkennbar. Man nehme das TAB als „Fels in der Brandung“ wahr, dem es gelinge, Chancen und Risiken technologischer Entwicklungen aufzuzeigen und exemplarisch zu beschreiben, wie neuen Herausforderungen begegnet werden könne. Man verweise in diesem Zusam-

menhang auf den aktuell vorliegenden TAB-Bericht über die Herausforderung neuer Energiepflanzen.

Es wird seitens der Fraktion der SPD auf den seit 20 Jahren gleichgebliebenen Etat für die TA beim Bundestag hingewiesen. Es sei nicht zukunftsfähig, wenn das TAB die steigenden Beratungsanforderungen mit höherer Effizienz, aber mit gleichbleibendem Etat und Personalstand bewältigen solle. Die Fraktion der SPD fordere daher, das Budget für die TA deutlich zu erhöhen, damit das TAB den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts weiter gerecht werden könne.

Zur Anregung der CDU/CSU-Fraktion, die Anzahl der TA-Untersuchungen aus Gründen fehlender Verarbeitungskapazitäten auf Seiten der Berichterstatterinnen und Berichterstatter zu reduzieren, wird vorgeschlagen, die Arbeit auf mehr Schultern zu verteilen und nicht auf die Bearbeitung wichtiger Untersuchungen zu verzichten.

Die Fraktion der SPD schließt sich dem Lob des Konsensprinzips an. Es sei wesentliche Grundlage für eine breite Nutzung der Untersuchungsergebnisse im Parlament. Sie unterstütze auch einen fraktionsübergreifenden Antrag mit dem Ziel der Weiterentwicklung, stärkeren Vernetzung und Erhöhung der Finanzmittel der TA beim Deutschen Bundestag.

Von Seiten der **Fraktion der FDP** wird ebenfalls für die gute Arbeit des TAB in den vergangenen Jahren gedankt.

Zum Thema „Internationale Sichtbarkeit der TA beim Deutschen Bundestag und des TAB“ wird auf die vergangene EPTA-Konferenz unter dänischer Präsidentschaft in Kopenhagen hingewiesen. Man habe die deutsche Präsenz – auch die Anwesenheit von Ausschussmitgliedern – und Rolle auf europäischer Ebene sehr positiv wahrgenommen.

Im Jahr 2011 übernehme Deutschland die Präsidentschaft der EPTA-Konferenz. Bei der Auswahl des zentralen Themas sollte in den Blick genommen werden, wie das europäische Netzwerk gestärkt werden könne.

Zu den Fragen Qualität, Struktur, Finanzausstattung, Resonanz und Bedeutung der TA über das Parlament hinaus wird erklärt, dass die Fraktion der FDP auf Qualität und weniger auf Quantität setze. Es liege an den Fraktionen, inhaltliche Prioritäten zu setzen. Das TAB-Modell und die Strukturen der parlamentarischen TA hätten sich bewährt und könnten durchaus als ein nachahmenswertes Modell nach außen transportiert, aber auch innerhalb des Bundestages noch besser kommuniziert werden.

Die **Fraktion DIE LINKE** schließt sich der positiven Würdigung der Arbeit des TAB an. Man habe dessen Studien als außerordentlich gewinnbringend für die parlamentarische Arbeit erlebt. Das TAB habe einen wesentlichen Teil zur produktiven Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Politik beigetragen. Konflikte und Differenzen seien klar thematisiert, sach- und faktenbezogen ausdiskutiert worden. Mit dem Bericht zur Fortpflanzungsmedizin werde beispielsweise inhaltlich und wertbezogen in die aktuelle Debatte eingegriffen. Hier werde die Bedeutung einer neutralen Politikberatungsinstanz in einer natürlich auch interessengeleiteten politischen Diskussion deutlich.

Die Studien des TAB hätten auch dazu beigetragen, die Aufgabe der Regierungskontrolle durch das Parlament, konkret die Kritik der Forschungs- und Technologiepolitik der Bundesregierung, kompetenter zu kritisieren. Ferner böten die

Berichte den Abgeordneten Hintergrundinformationen und Fakten für öffentliche Diskussionen.

Spannend sei das Gründungsjahr des TAB 1990 gewesen, die Zeit des Einigungsprozesses und gesellschaftlichen Wandels. Es sei bewundernswert, dass man sich damals gleichzeitig mit politisch wichtigen Inhalten – den Ergebnissen von TA-Untersuchungen – beschäftigt habe. Unabhängig vom Einigungsprozess habe sich der Strukturwandel, z. B. der Übergang von der Industriegesellschaft zur digitalen Gesellschaft vollzogen. Es sei eine große Herausforderung gewesen, den Wandel mit sozialem Frieden zu bewältigen.

Es sei rückblickend deutlich geworden, dass viele TA-Studien diese gleichzeitig ablaufenden Prozesse und komplexe kulturelle, ökonomische, ökologische, soziale, demographische und ethische Fragestellungen bewältigen mussten. Die Fraktion DIE LINKE erachte vor diesem Hintergrund die Arbeit des TAB als sehr hilfreich.

Die vorliegenden Anträge werte man hauptsächlich in ihrer Funktion, das TAB als wissenschaftliche Beratungseinrichtung aufzuwerten. Insbesondere sollte die Internationalisierung seiner Arbeit verstärkt und der Etat vergrößert werden.

Eine besondere Bereicherung sei die Selbstverpflichtung zur Einstimmigkeit. Sie erfordere eine fraktionsübergreifende Verständigung und führe zu mehr Tiefgang im parlamentarischen Prozess.

Der gemeinsamen Arbeit – auch wenn sie nicht immer konfliktfrei ablaufen könne – wünsche die Fraktion DIE LINKE ein gutes Gedeihen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** dankt dem TAB ebenfalls für seine hervorragende wichtige und wertvolle zwanzigjährige Arbeit. Insbesondere die umfangreichen Berichte über die Bioethik und der Nanotechnologiebericht seien sehr hilfreich für die parlamentarische Debatte gewesen.

Ziel der beiden vorliegenden Anträge sei, die TA weiter zu stärken. Aber es müsse auch die Frage nach der Umsetzung der Ergebnisse in politisches Handeln gestellt werden und eine Überprüfung des eigenen politischen Handelns erfolgen. Dem Lob des Konsensprinzips im Kreis der Berichterstatter TA schließe man sich an. Aber über diesen Kreis hinaus, auf der Ebene des Gesamtausschusses, finde dieses Prinzip – und das sei das Wesen politischen Handelns – keine Anwendung mehr. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hätte sich einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen über die Konsequenzen nach 20 Jahren TA im Deutschen Bundestag nicht verschlossen, gerade auch vor dem Hintergrund der aktuellen produktiven und vertrauensvollen Zusammenarbeit im Kreis der Berichterstatter.

Als Hauptanliegen sollte weiter um den Aufwuchs des TA-Etats mit den Haushältern gerungen werden. Der Beratungsbedarf könne mit den aktuellen Finanzmitteln und Personalstand im TAB nicht befriedigt werden. Allen aktuellen Anzeichen nach werde es nach 20 Jahren eine mäßige Erhöhung im kommenden Haushaltsjahr geben.

Es wird seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisiert, dass das TAB auf Grund zu geringer Haushaltsmittel gezwungen sei, nur den Mainstream der Wissenschaft aufzugreifen. Dies betreffe insbesondere die TA-Untersuchungen über den CO₂-armen Verkehr. Vor vier Jahren sei

man zu dem Ergebnis gekommen, Elektromobilität sei eine Nischentechnologie ohne eine wesentliche zukünftige Bedeutung. Mit einer besseren Finanzausstattung hätten auch Außenseiterwissen und z. B. die Entwicklung in Fernost berücksichtigt werden können.

Als letztes Thema wolle man die Umsetzung von TAB-Erkenntnissen in das politische Handeln, die Abschätzung von Chancen und Risiken von Technologien ansprechen. Das TAB habe 2002 zum Kernfusionsprojekt ITER zu einer politische Neubewertung geraten. Dies sei von den politischen Gremien abgelehnt worden. Jetzt stehe man vor einer Kostenexplosion, ohne greifbare Ergebnisse vor Augen zu haben. Und auch heute erfolge keine Neubewertung der Kernfusionsforschung.

Als weiteres Beispiel für die Nichtumsetzung von TA sei die große Investition in Landwirtschaftsforschung für gentechnisch veränderte Produkte genannt, obwohl das TAB ausgeführt habe, dass zum Beispiel der Nutzen gentechnisch veränderten Saatguts in Entwicklungs- und Schwellenländern eher gering sei.

Es gebe aber auch eine Chancenmissachtung. Der Geothermiebericht des TAB spreche vom Potenzial dieser Energiegewinnung zur Grundlaststromerzeugung. Die Geo-

thermie spiele jedoch keine Rolle im Energiekonzept der Bundesregierung.

Zum Schluss sei auf die Notwendigkeit der Integration der Technikfolgenabschätzung in die Gesellschaft hinzuweisen, ebenfalls auf eine Ausweitung auf die gesamte universitäre und auf die Forschungslandschaft.

An die Fraktion der CDU/CSU gewandt wird ausgeführt, dass man zu Gunsten eines fraktionsübergreifenden Antrags bereit sei, zunächst die Abstimmung der vorliegenden Anträge zu vertagen.

Die Vorsitzende fragt die Fraktionen der CDU/CSU und FDP, ob sie sich einem gemeinsamen Antrag anschließen könnten, oder ob sie die Schlussabstimmung der Anträge heute bevorzugen.

Die Fraktion der CDU/CSU erklärt, dass sie in der derzeitigen Haushaltssituation keine Mehrheit für einen deutlichen Mittelaufwuchs sehe. Falls beabsichtigt sei, mit mehr Geld mehr Qualität zu erreichen, müssten auch strukturelle Überlegungen angestellt werden. Sie plädiere daher dafür, die Arbeit auf der guten Basis des bisher Erreichten fortzusetzen und die vorliegenden Anträge abzustimmen.

Berlin, den 10. November 2010

Dr. Thomas Feist
Berichtersteller

René Röspel
Berichtersteller

Dr. Martin Neumann (Lausitz)
Berichtersteller

Dr. Petra Sitte
Berichterstellerin

Hans-Josef Fell
Berichtersteller